

Mehrkosten in Millionen-Höhe

Das Kinderbildungsgesetz und die Folgen für die Stadt

VON THOMAS GÜNTTER

■ **Bielefeld.** Der Ausdruck klingt eigentlich ganz harmlos: Kinderbildungsgesetz, kurz KiBiz. Es geht um die Kosten für Kinder-Tageseinrichtungen. Die werden ab 1. Januar 2008 steigen um 3,65 bis 4,65 Millionen Euro. Das hat Sozialdezernent Tim Kähler in der jüngsten Sitzung des Jugendhilfeausschusses erklärt.

Dafür gibt es mehrere Gründe. Zum einen senkte das Land NRW den kirchlichen Trägeranteil von 20 auf 12 Prozent. Folge: Für die Stadt Bielefeld ergeben sich Mehrkosten von 450.000 bis 500.000 Euro.

Das KiBiz ist vom Land im Entwurf am 22. Mai beschlossen worden. Genaue Ausführungsbestimmungen fehlen noch. So sieht der Entwurf eine Finanzierung von Kindertageseinrichtungen auf der Basis der so genannten Kindpauschalen vor. Die wiederum sind abhängig von den Gruppenformen (je nach Alter der Kinder) und jeweils drei Öffnungs-

zeitangeboten (25, 35, 45 Öffnungsstunden in der Woche). So ergeben sich unterschiedliche Pauschalen. Bei einer Gegenüberstellung der jetzigen und künftigen Finanzierung der Betriebskosten der 165 Bielefelder Kindertageseinrichtungen steigt der städtische Anteil um drei Millionen Euro an.



Neue Kostenlawine: Sozialdezernent Tim Kähler warnt vor Gesetzesfolgen.

Die Plandaten des Landes gehen von einer Versorgungsquote von 25 Prozent aus, in Bielefeld liegt die Quote aber bei 37 Prozent. Mehrbelastung für die Stadt: rund 1,2 Millionen. Der Bedarf liegt bei 50 Prozent. Ferner setzt das Land das Elternbeitragsaufkommen mit 19 Prozent an. Aufgrund der sozialen Rahmendaten schafft Bielefeld aber nur 12 bis 13 Prozent.

Kähler: „Zum jetzigen Zeitpunkt sind noch nicht alle Auswirkungen des KiBiz zu beziffern.“ Wenn die Summen nicht vom Haushalt aufgefangen werden können, müssten die Elternbeiträge erhöht werden. Die Haushaltsberatungen beginnen nach den Ferien. Kähler: „Da ist richtig Druck auf dem Kessel.“